

Ausstieg vom Atomausstieg?

Der Kampf gegen den Klimawandel rückt die Kernenergie wieder in den Blickpunkt – auch in der Debatte in Deutschland

Thomas Ludwig

Könnte die Atomkraft infolge ehrgeiziger Klimaziele und hoher Strompreise auch hierzulande eine Renaissance erleben? Aus Sicht von Experten gibt es aus sicherheitstechnischer Sicht keine grundlegenden Bedenken gegen einen möglichen Weiterbetrieb deutscher Atomkraftwerke über den vorgesehenen Ausstiegstermin 2022 hinaus. „Stand heute, sehen wir aus rein technischen Sicht keine Anhaltspunkte dafür, dass in den nächsten Jahren außerordentlich große Nachrüstungen erforderlich würden – über Zeiträume von ein oder zwei Jahrzehnten mag sich das natürlich anders darstellen“, sagte der technisch-wissenschaftliche Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln, Uwe Stoll, unserer Redaktion.

Bei vier der sechs aktuell noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke stünde aller-

dings kurzfristig eine sogenannte periodische Sicherheitsüberprüfung auf dem Programm, die nach dem Atomgesetz alle zehn Jahre notwendig ist. „Man kann sicher nicht völlig ausschließen, dass sich aus den Ergebnissen solcher Überprüfungen ein Bedarf an Nachrüstungen ergibt“, so der GRS-Experte weiter.

Vor dem Hintergrund hoher Strompreise und ambitionierter Klimaziele hatte die Debatte über Atomkraft als Alternative zu fossilen Energieträgern international in jüngster Zeit Fahrt aufgenommen. Die Hälfte der Bundesbürger spricht sich inzwischen wieder für eine längere Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke aus. Laut Ausstiegsgesetz sollen alle bis Ende 2022 stillgelegt sein. Je schwieriger es wird, die Klimaziele zu erreichen, umso stärker rückt aber die Atomkraft zur Energiegewinnung wieder in den Fokus. Denn die Kernkraft liegt beim CO₂-Ausstoß pro erzeugte Kilowattstunde Strom deutlich



Wird noch in diesem Jahr stillgelegt: das AKW Grohnde.

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

noch aus. In der EU ist ein Streit darüber entbrannt, ob Atomkraft als nachhaltig einzustufen sei. Tatsächlich hat es Paris geschafft, eine Mehrheit der EU-Staaten davon zu überzeugen, dass Atomkraft Teil der sogenannten Taxonomie sein sollte. Dabei handelt es sich um einen Rechtstext der EU-Kommission, den Investoren weltweit mit Spannung erwarten: Sollte die Brüsseler Behörde Atomenergie als „nachhaltig“ einstufen, käme das einer Empfehlung an die Finanzmärkte gleich, in Atomenergieanlagen zu investieren.

Dass Kernkraftwerke in Deutschland gleichwohl über den 31. Dezember 2022 am Netz bleiben könnten, ist trotz allem höchst unwahrscheinlich. „Die Betreiber sind inzwischen ganz auf Rückbau eingestellt, und es gibt keine Neigung, daran etwas zu ändern“, heißt es in der Branche. Ein Weiterbetrieb, dem eine möglichst baldige Änderung des Ausstiegsgesetzes vorangehen müsste, bedürfte eines echten Kraftakts.

„Zum einen erlischt die Berechtigung zum sogenannten Leistungsbetrieb – also zur Stromerzeugung – nach dem Atomgesetz, sobald entweder die für jede Anlage festgelegte Strommenge erzeugt oder aber der gesetzliche Termin erreicht ist“, erläutert GRS-Geschäftsführer Uwe Stoll. Neue Genehmigungen seien nötig: „So ein Verfahren würde sicher viele Jahre in Anspruch nehmen, selbst wenn es nicht zu Klagen und Gerichtsverfahren käme.“

Betreiber hätten Nachschubproblem

Zum anderen benötigten die Betreiber ganz praktisch auch frische Brennelemente. „So etwas wird aber üblicherweise nicht in wenigen Wochen oder Monaten geliefert“, so Stoll. Vonseiten des Versorgers RWE heißt es auf Anfrage: „Das Kapitel Kernenergie ist für RWE abgeschlossen. Das heißt ganz praktisch: Wir werden unsere verbliebenen zwei Kernkraftwerksblöcke entsprechend den gesetzli-

chen Fristen stilllegen. Danach geht es nur noch um den sicheren und verantwortungsvollen Rückbau der Anlagen.“ Nun gelte es, die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien zu erhöhen, den Netzausbau zu beschleunigen und Genehmigungsverfahren etwa für Windenergieanlagen zu verkürzen.“

Tatsächlich wird Deutschland in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich einen steigenden Strombedarf verzeichnen – nicht zuletzt wegen der zunehmenden Elektromobilität. Ob es möglich sein wird, den Bedarf nur mit erneuerbarer Energie zu stillen, ist fraglich. Der in Deutschland erzeugte und ins Netz eingespeiste Strom stammte im 1. Halbjahr 2021 mehrheitlich aus konventionellen Energieträgern. Gemittelt es auf den letzten Metern des Atomausstiegs nicht, den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie deutlich zu beschleunigen, wird Deutschland wohl nicht umhinkommen, Atom- und Kohlestrom zuzukaufen.